



Foto: fotolia/Dariusz T. Oczkowicz



Grafik: photocase/ka.e

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 5. Februar 2014

69. Jahrgang/Nr. 30 Bundesausgabe 1,80 €, Auslandspreis 1,90 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Heimspiel für Erdogan

Roland Etszel zum Berlin-Besuch des türkischen Ministerpräsidenten

Vor dem Termin mit dem türkischen Ministerpräsidenten hieß es aus dem Berliner Auswärtigen Amt, man werde von Erdogan die Aufklärung der türkischen Korruptions-(Staats)affären »unter strikter Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien« fordern. Nach Tische freilich vermittelten weder Erdogan noch sein Gastgeber Steinmeier den Eindruck, dass es zu diesem Thema Meinungsverschiedenheiten gegeben habe.

Fragen aus Ankara, was denn das deutsche Außenamt inner-türkische Schmiergeldgeschichten angehen, wären nicht unberechtigt, dann allerdings zu verbinden mit der Gegenfrage, ob es für Erdogan schon selbstverständlich sei, deutsch-türkische Metropolen wie Berlin (2008 Köln, 2011 Düsseldorf) zu Stationen seiner Wahlkampfkarawane zu machen.

Erdogan ist kaum wegen der bilateralen Dauergesprächsthemen wie Doppelpass oder EU-Aufnahme gekommen. Er steht im Wahlkampf. Das ist diesmal eine Art Abstiegskampf. Und so braucht Erdogan dringend Heimspiele. Zu Hause sinken seine Beliebtheitswerte derzeit rapide. Für umso wichtiger hielt er es offensichtlich, der etwa 1,5 Millionen Wähler zählenden türkischen Gemeinde in Deutschland seinen Amoklauf gegen die im Korruptionsumpf ermittelnde Justiz als Verschwörung ausländischer Mächte darzustellen. »Jeder kann in Deutschland frei reden, solange er sich an die demokratischen Spielregeln hält«, verteidigte dies Unionsfraktionschef Kauder. Er vergaß zu sagen, dass Erdogan diese für sich ganz allein definiert.

UNTEN LINKS

Deutschland ist seit vielen Jahren Exportweltmeister. Und das bei Weitem nicht nur, was Rüstungsgüter und andere Segnungen der Marktwirtschaft betrifft. Diese Republik hat längst auch personell einiges zu bieten, wonach andernorts gelehzt wird. Peter Hartz, dessen Name den größten Einschnitt im hiesigen Arbeitsmarktwesen zielt, soll dem französischen Präsidenten zu Diensten sein – und das nicht nur wegen seiner einschlägigen Erfahrungen in Sachen Lustreisen. Ex-FDP-Chef Philipp Rösler riskiert jetzt beim Weltwirtschaftsforum in Davos eine freche Lippe – und wird auch diesen Laden klein kriegen. Sein Parteifreund Daniel Bahr wird demnächst seine knapp drei Jahre als Bundesgesundheitsminister in Washington vermissen und die US-Regierung bei deren Gesundheitsreform beraten. Nur dass Rainer Brüderle beim Wiener Opernball Richard Lugner bei der Auswahl seiner weiblichen Zierde unter die Arme greift, ist noch nicht bestätigt. oer

Preisverdächtig unerwünscht

Vielen Roma in Berlin hilft auch ein eigens für sie initiiertes Aktionsplan wenig



Berlinale-Preisträger Nazif Mujic vor seinem Haus Bosnien. Jetzt droht ihm und seiner Familie die Abschiebung aus Deutschland.

Foto: AFP/Elvis Barukic

Berlin. Noch vor einem Jahr war Nazif Mujic der Liebling der Berlinale Jury. Ein Autos zer-teiler Rom aus dem kleinen Dorf Poljice in Bosnien spielt sich in dem Familiendrama »Aus dem Leben eines Schrottsammlers« selbst und erhielt dafür den Silbernen Bären als bester Darsteller.

Auch dieses Jahr darf Mujic wieder über den Roten Teppich laufen, allerdings nur »geduldet«. Mujic und seine Familie haben einen Asylantrag in Berlin gestellt, der abgelehnt wurde. Mit der silbernen Trophäe, die

er fast immer bei sich trägt, weil er Angst hat, sie zu verlieren, konnte er auf dem Amt offenbar niemanden beeindrucken. Spätestens im März muss die Familie wieder zurück nach Bosnien, sollte die eigens von der Berlinale angeheuerte Anwältin nicht das Unmögliche schaffen.

Nazif Mujic, seine Frau Senada und seine drei Kinder sind fünf von schätzungsweise 6000 in Berlin lebenden Roma. Im Juli 2013 hatte der Senat als erstes Bundesland eigens einen »Aktionsplan für die Einbeziehung aus-

ländischer Roma« initiiert. Die Unterstützungen reichen von der Hilfe beim Mietrecht bis hin zur Beratung in Sachen »Familienplanung«. So begeistert wie Berlins Integrationsbeauftragte Monika Lücke sind jedoch nicht alle von dem Aktionsplan. Roma-Selbstorganisationen kritisieren eine pauschale Stigmatisierung durch das Konzept. Soziale Einrichtungen beklagen, dass das größte Problem, die miserablen Beschäftigungsverhältnisse, wegen derer viele ihre Heimat verlassen, auch in Berlin weiter besteht. cod Seite 9

Grüne und LINKE loten gemeinsame Politik aus

Spitzentreffen der Opposition im Karl-Liebknecht-Haus

Berlin. Das Treffen hatte Seltenheitswert. Die Parteivorsitzenden der Linkspartei empfingen am Dienstag in Berlin die Doppelspitze der Grünen. »Uns ging es darum, Positionen auszutauschen und Gemeinsamkeiten auszuloten«, sagte Bernd Riexinger (LINKE) nach dem Gespräch dem »nd«. »Wichtig ist uns natürlich, dass wir als Opposition im Bundestag wahrgenommen werden. Darüber sind wir uns einig.« LINKE und Grüne sind die einzigen Oppositionsparteien im Bundestag und kommen nur auf rund ein Fünftel der Sitze.

Die Grünen-Chefs Simone Peter und Cem Özdemir sprachen von einem Treffen in freundlicher Atmosphäre. »Wir sind uns einig, dass wir den Gesprächsfaden weiterführen wollen«, verkündeten sie im Anschluss. Dabei ging es während der anderthalbstündigen Sondierung im Karl-Liebknecht-Haus, der Parteizentrale der LINKEN, auch um Themen, bei denen beide Parteien Differenzen haben. Riexinger hob jedoch die Gemeinsamkeiten hervor: »Auch die Grünen befürworten in Europa Zukunftsinvestitionen im sozialen und ökologischen Bereich.« Bei der Energiewende befürchten beide Parteien, dass die Große Koalition den ökologischen Wandel noch abwürgen könnte.

LINKE-Chefin Katja Kipping erklärte nach dem Spitzengespräch, sie wollte mit dem Treffen vor allem herausfinden, inwieweit zusammen mit den Grünen der Zeitgeist verändert werden könne. »Ohne gesellschaftlichen Wandel ist auch kein Politikwechsel möglich«, ergänzte Riexinger. Bei der SPD-Linken stößt die Linkspartei damit auf Gehör. Die Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis, Sprecherin des SPD-Forums DL 21, bekräftigte am Dienstag, dass ein Politikwechsel hin zu einem progressiven linken Reformbündnis nicht nur in innerparteilichen Beschlüssen manifestiert werden dürfe. Vielmehr sollte der Gesprächsfaden zu anderen Parteien nicht abreißen, unterstrich sie. Mit dem Acht-Augen-Gespräch machten die Parteispitzen von Grünen und LINKEN einen Anfang. sot

KURZ

Kiew kontert Drohungen

Kiew. Die Ukraine wehrt sich gegen Sanktionsdrohungen aus dem Westen. Das Außenamt in Kiew mahnte am Dienstag Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier zur Zurückhaltung. Der SPD-Politiker hatte am Vortag den ARD-»Tagesthemen« gesagt: »Die Sanktionen müssen wir jetzt als Drohung zeigen.« dpa/nd Seiten 4 und 7

Satya Nadella führt Microsoft

Washington. Microsoft wählt bei der Neubesetzung des Chefposts eine interne Lösung: Manager Satya Nadella soll die Nachfolge von Steve Ballmer antreten. Das Unternehmen teilte zudem mit, dass Firmengründer Bill Gates den Vorsitz des Verwaltungsrates abgeben und eine neue Rolle als Technologieberater einnehmen werde. AFP/nd

Türkischer Wahlkampfauftakt in Berlin

Regierungschef Erdogan wegen Korruptionsaffäre vor anstehenden Wahlen unter Druck

Sein Berlin-Besuch sollte ein erster Stimmungstest für den türkischen Premier werden. Erdogan sprach am Abend vor 3000 türkischen Staatsbürgern.

Von Katja Herzberg

Noch knapp zwei Monate hat der türkische Regierungschef Recep Tayyip Erdogan Zeit, die Bürger seines Landes wieder auf seine Seite zu ziehen. Die Korruptionsaffäre in höchsten Positionen, aber auch der Absturz der türkischen Lira setzten Erdogan zuletzt unter Druck. Die Kommunalwahl am 30. März soll einen »Wendepunkt« darstellen, sagte Erdogan am Dienstag in Berlin.

Bei einer Rede vor 3000 in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürgern wollte er am Abend den Führungsanspruch seiner konservativ-islamischen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) untermauern. Der Auftritt stellte aber nicht nur den Auftakt des Wahlkampfes für die Neubesetzung der Rathäuser in der Tür-

kei dar, sondern sollte die Zuhörer vor allem auf die Präsidentschaftswahl im Sommer einstellen. Dann nämlich werden erstmals auch in Deutschland Wahllokale geöffnet sein.

Die AKP hatte bei den letzten Wahlen sowohl auf kommunaler als auch auf nationaler Ebene an Stimmen gewonnen. Der Trend könnte sich diesmal umkehren. Seit den massiven Protesten im Sommer letzten Jahres, die sich an der Bebauung des Gezi-Parks entzündeten und in Forderungen nach dem Rücktritt des Premiers mündeten, ist Erdogan um den Erhalt seiner Macht bemüht.

Doch nicht nur eine Protestbewegung für mehr demokratische Teilhabe und gegen eine mögliche Islamisierung ist entstanden. Bei der Kommunalwahl wird ein neues Linksbündnis antreten. Die Grünen, sozialdemokratische Gruppierungen, aber auch die Kurdenpartei BDP hatten sich im Oktober zur Demokratischen Partei der Völker (HDP) zusammengeschlossen. Bei Konferenzen er-

arbeitet sie derzeit ein Wahlprogramm zur Demokratisierung der türkischen Gesellschaft. »Das Verhalten von Erdogan wird als in höchsten Maße widersprüchlich betrachtet, da er einerseits weitreichende Reformen angekündigt

Bei der Präsidentschaftswahl können türkische Staatsbürger erstmals von Deutschland aus wählen.

hat, andererseits aber dabei ist, die letzten Reste von Demokratie auszuhebeln«, sagt Dominic Heilig gegenüber »nd«. Das Vorstandsmitglied der Europäischen Linkspartei traf am Wochenende in Ankara Vertreter der HDP. »Nach dem Niedergang der kommunistischen Partei mit ihrem Verbot 1987 ist die HDP das erste Projekt, auf das sich viele linke



Lesen Sie heute im Ratgeber

Rente mit 63
Wer früher in Rente gehen will, sollte genau rechnen

Nebenkostenabrechnung
Tricks »cleverer« Vermieter

SEPA-Umstellung
Zur Galgenfrist bis August 2014